

Session der eidgenössischen Räte**Von Loch zu Loch****Vorgeplänkel zur 11. AHV-Revision im Nationalrat**

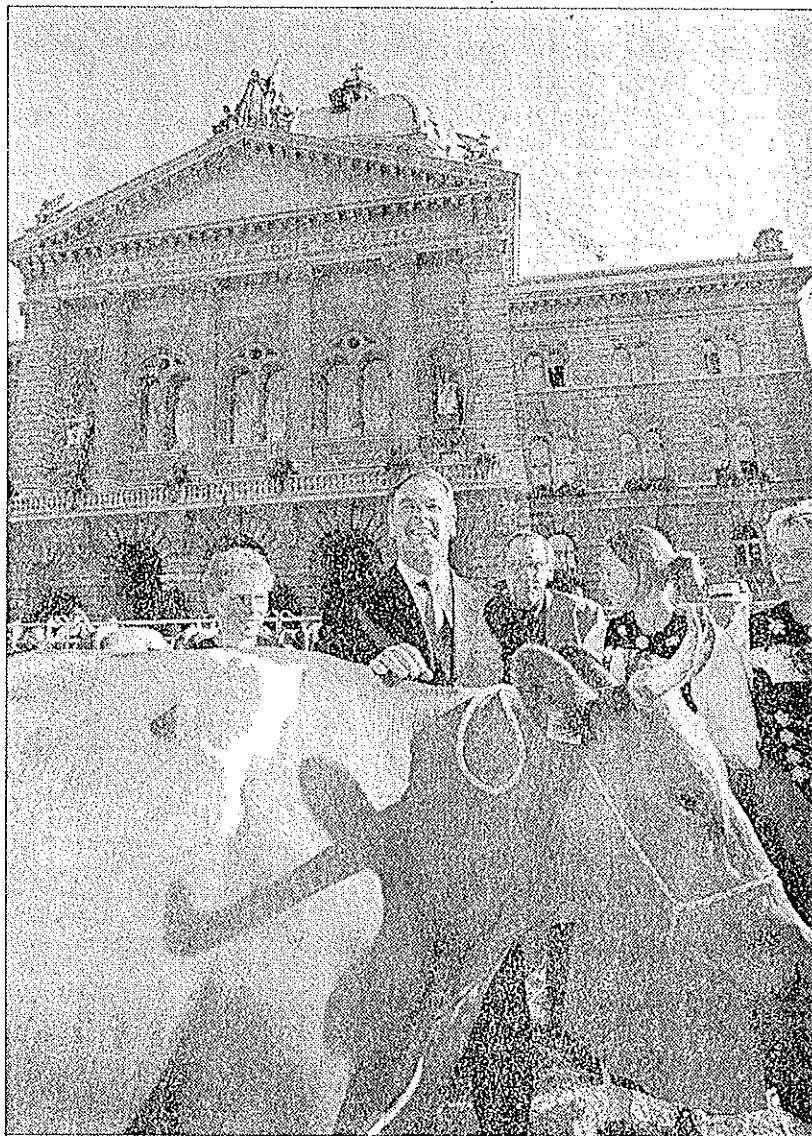
rz. Bern, 18. Sept.

Mit einem Appell eröffnete Nationalratspräsident Hanspeter Seiler am Montag die Herbstsession. Die rechtsextremistischen Vorfälle der letzten Wochen hätten aufhören lassen. Es gelte, sie weder aufzubauschen noch zu bagatelisieren. Ernst zu nehmen seien solche Tendenzen in jedem Fall. In einem demokratischen Staat, der auf Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenwürde baue, dürfe Extremismus, von welcher Seite er auch komme, keinen Platz haben. Der Nationalratspräsident rief Behörden und Parlamente aller staatlichen Ebenen auf, ihr rechtliches und politisches Instrumentarium vollumfänglich zu nutzen. Der Kampf gegen Extremismus sei indessen nicht nur eine Daueraufgabe der politischen Instanzen. Mitverantwortung trage die ganze Gesellschaft.

MWSt-Anteil

Die Grossbaustelle 11. AHV-Reform wird das Parlament voraussichtlich erst im kommenden Frühjahr betreten. Das umstrittene Geschäft wirft jedoch seine Schatten voraus. Am Montag vermittelte der *Nationalrat* einen Vorgeschmack auf das bevorstehende Ringen um Rentenalter, Leistungskürzungen und neue Einnahmenquellen. Die Diskussion drehte sich um das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent, das seit 1999 zugunsten der AHV erhoben wird. Von diesen Einnahmen zweigt der Bund 17 Prozent – rund 400 Millionen Franken – in die Bundeskasse ab, um die Mittel sogleich in den AHV-Ausgleichsfonds umzulenken. Damit wird die demographisch bedingte Zunahme des gesetzlichen Bundesanteils an AHV und IV aufgefangen. Dieses Vorgehen missfiel der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Sie gab mittels einer parlamentarischen Initiative Gegensteuer: Ab 2001 müsse das volle AHV-Mehrwertsteuerprozent direkt in den AHV-Ausgleichsfonds fließen. Das hiesse, dass die ohnehin löchrige Bundeskasse um 400 Millionen pro Jahr erleichtert würde.

Der parlamentarische Antrag entsprang einem Schulterschluss von SVP und SP, zu dem die CVP Hand bot. Es gehe nicht an, die MWSt-Verfassungsgrundlage mittels juristischer Akrobatik auszutricksen, lautete der Tenor. Der Zürcher SVP-



Bäuerlicher Auftritt zum Sessionsbeginn vor dem Bundeshaus: Auch Bundespräsident Ogi – zurück aus Australien – besucht den Anlass. (Bild Rbn.)

Vertreter Toni Bortoluzzi ortete einen «innovativen Geist» im Finanzdepartement, der den 17-prozentigen Anteil am MWSt-Prozent zugunsten der Bundeskasse eingehemmt habe. Diese Schlaumeierei müsse beendet werden. Gleichzeitig betonte er, dass die SVP nicht bereit sei, das ungebremste Wachstum des Bundeshaushalts noch zu fördern. Im Einklang mit Bortoluzzi freute sich der Basler Sozialdemokrat Rudolf Rechsteiner darüber, dass Gewerkschafter und Arbeitgeber für einmal am gleichen Strick zögen. Hingegen sei für die SP klar, dass mit den 400 Millionen Franken die AHV natürlich noch längst nicht saniert sei. Damit deutete er indirekt die Crux des Schulterschlusses an: Die SP will der AHV möglichst viel Geld zufließen lassen – die SVP will von weiteren MWSt-Übungen zugunsten der AHV nichts wissen. – Namens der freisinnigen Fraktion bekämpfte die Aargauerin Christine Egerszegi die Kommissionsinitiative. Was not tue, sei nicht ein «Transfer von Loch zu Loch», sondern ein nachhaltiges Sanierungskonzept für die marode AHV. Die Zürcher FDP-Vertreterin Trix Heberlein hakte nach, indem sie der SVP zu bedenken gab, dass es unklug sei, dem sozialdemokratischen AHV-Wunschskatalog

zusätzlich Auftrieb zu verleihen. Generell gegen taktische Vorgeplänkel sprach sich der Christlich-soziale Hugo Fasel aus. Die unheilige Allianz von SVP und SP gefährde das Finanzierungskonzept der 11. AHV-Revision. Der Antrag sei zurückzuweisen und im Gesamtkontext zu diskutieren.

Auf Sand gebaute Allianz

Auch Bundesrätin Ruth Dreifuss trat (überraschend energisch) gegen die Umlagerung an. Der AHV-Fonds werde um keinen zusätzlichen Rappen aufgestockt, weil die in die Bundeskasse fließenden 400 Millionen Franken ohnehin zweckgebunden seien. Es geschehe mithin nichts Unsauberes. Die Meinungen im Erstrat waren indessen gemacht – zum Ärger der Innenministerin und auch von Finanzminister Villiger, der wiederholt vor dem unerwünschten Präjudiz zulasten des Bundeshaushalts gewarnt hat. Was die Finanzierung der 11. AHV-Revision betrifft, so hat sich die Ausgangslage sicher nicht vereinfacht. Die Allianz von SP und SVP ist auf Sand gebaut. Diese Fraktionen werden meilenweit voneinander entfernt sein, sobald es wirklich Ernst gilt.